

TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Politische Interessenskonflikte bei der Krankheitsprävention auflösen

Beschlussantrag

Von: Dr. Stefan Streit als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Christof Sturm als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Martin Eichenlaub als Abgeordneter der Ärztekammer Hamburg
Dr. Wiltraut Maria Reich als Abgeordnete der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Stefan Schröter als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Tilman Kaethner als Abgeordneter der Ärztekammer Niedersachsen
Dr. Heidemarie Lux als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Klaus J. Doubek als Abgeordneter der Landesärztekammer Hessen

Der 130. Deutsche Ärztetag 2026 fordert, ab sofort bei jedem zukünftigen Gesetzgebungsverfahren die Effekte auf die Gesundheit bzw. auf die Prävention von Krankheit mitzudenken. Neben dem Erfüllungsaufwand müssen deshalb gesundheitsrelevante Effekte und mögliche Interessenkonflikte im Referentenentwurf detailliert formuliert werden. Dies fordert das WHO-Konzept des Health in All Policies (HiAP).

Begründung:

Die verkürzte Klage aus der Politik über zu hohe Kosten und die Fehlnutzung im Gesundheitswesen erscheint unangemessen, wenn Interessenkonflikte zwischen ökonomischen und gesundheitlichen Beweggründen nicht zur Kenntnis genommen und nicht aufgelöst werden. Dies gilt für die Mediennutzung, für das Zigaretten rauchen, den Konsum von Alkohol und legalen Drogen, aber auch bei der Verhinderung und der Behandlung von Übergewicht und Adipositas durch Ernährungsempfehlungen.

In allen genannten Fällen besteht ein politischer Interessenkonflikt zwischen der Gesundheit der Menschen und der erwarteten Wertschöpfung zuzüglich der Steuereinnahmen.

Der volkswirtschaftliche Einfluss einer erfolgreichen Prävention bzw. der Behandlung des Übergewichts bzw. der Adipositas durch reduzierten privaten Konsum ist überaus bedeutsam. Jeder zweite Einwohner Deutschlands gilt als übergewichtig oder

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 205

Stimmen Nein: 2

Enthaltungen: 6

ANGENOMMEN

adipositas erkrankt und müsste deshalb dauerhaft ca. 30 Prozent weniger Lebensmittel einkaufen und verzehren.

Steuererhöhungen, also Preiserhöhungen für Zucker, Alkohol und Zigaretten, sind im Rahmen politischer Gesamtkonzepte sinnvoll. Der allgemein niederschwellige Zugang zu dem als gesund geltenden Getränk Wasser ist eine zusätzlich erforderliche Maßnahme, um eine gesunde Wahl an Stelle von zucker- und/oder alkoholhaltigen Getränken möglich zu machen.

Ein erschwerter Zugang durch Steuererhöhungen bzw. Altersbeschränkungen allein ist noch kein Präventionskonzept. Damit die Reduktion von pathologischem Konsum (vor allem bei Medien, Alkohol und Drogen, aber auch bei Übergewicht und Adipositas) gelingt, befördert die Politik vielfältige Erlebnisräume für Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen, von denen ein positiver Einfluss auf die Gesundheit ausgeht.

Vorstellungen einer systematischen, ökonomischen Belohnung von gesundheitlich erwünschtem Wohlverhalten im Sinne von Bonusmodellen erforderte die ärztliche Unterscheidung von krankhaftem Fehlkonsum und von eigenverantwortlichem Fehlverhalten. Deshalb erteilt die Ärzteschaft solchen Überlegungen eine Absage.